

# **DKP-Informationen**

**Nr. 1/2013 - 22. Februar 2012**

## **12. Parteivorstandstagung**

**16./17. Februar 2013, Essen**

**Referat(e)**

**Beschlüsse**

---

Herausgegeben vom Parteivorstand der DKP  
Hoffnungstraße 18, D - 45127 Essen  
- Eigendruck -  
Kostenbeteiligung: 1,50 Euro (zuzügl. 1,50 Euro Porto)

# 12. Tagung des Parteivorstands der DKP

16./17. Februar 2013, Essen

---

## Inhalt

1. Tagesordnung
2. Referat: Zur Vorbereitung des 20. Parteitages  
Bettina Jürgensen, Vorsitzende der DKP
3. Beschlüsse

---

## Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung – Beschluss zu Tagesordnung und Zeitplan
2. Zum Referat an den 20. Parteitag  
Referentin: Bettina Jürgensen, Vorsitzende der DKP
3. Diskussion
4. Beschluss zum Motto des Parteitags
5. Personaldebatte und Beschlussfassung dazu:  
-> Darstellung der Vorschläge des Sekretariats -> Patrik Köbele, stellvertr.  
Vorsitzender u. verantwortlich für Organisationspolitik des PV
  - Arbeitsgremien des Parteitags:  
-> Wahlkommission, Parteitagsleitung, Antragskommission, Mandatsprüfungskommission
  - Personalvorschläge:  
-> Zentrale Schiedskommission  
-> Zentrale Revisionskommission  
-> Parteivorstand  
-> Leitungsgremium: Vorsitzende/r u. StellvertreterInnen bzw. SprecherInnen  
-> personelle Vorschläge dazu
6. Anträge an den 20. Parteitag -> Vorschlag der vorläufigen Antragskommission zum Umgang mit den Anträgen -> Nina Hager, stellvertr. Vorsitzende, verantwortlich für Bildungspolitik
7. Vorschlag zu Tagesordnung und Zeitplan des 20. Parteitages  
-> Patrik Köbele, stellvertr. Vorsitzender u. verantwortl. Organisationspolitik
8. Finanzrahmenplan 2013 incl. Finanzbericht an den 20. Parteitag  
Bericht dazu: Werner Sarbok, Bundeskassierer der DKP  
Diskussion und Beschlussfassung
9. Weitere Beschlussfassung
- 10.) Schlusswort

# 12. Tagung des Parteivorstands der DKP

16./17. Februar 2013, Essen

---

## Zum Referat an den 20. Parteitag

**Bettina Jürgensen, Vorsitzende der DKP**

(Unkorrigiertes Manuskript. Es gilt das gesprochene Wort.)

Liebe Genossinnen und Genossen!

Auf dieser letzten Tagung des Parteivorstandes vor dem 20. Parteitag der DKP möchte ich dem Parteivorstand in groben Umrissen darlegen, zu welchen Eckpunkten in dem Referat an den Parteitag Stellung bezogen werden sollte, welche politischen Anforderungen vor uns liegen und zu welchen Aufgaben die KommunistInnen in unserer Partei in den kommenden Monaten herausgefordert sein werden.

Dazu müssen wir uns austauschen, um von dem Parteitag ausgehend dann unsere weitere Arbeit zu entwickeln.

Mut und Kraft dafür können wir aus den ersten Aktivitäten der DKP in diesem Jahr ziehen.

Der Jahresauftakt in Berlin mit unserer LLL-Veranstaltung mit über 280 TeilnehmerInnen und die am Tag darauf stattgefundene Demonstration zu den Gräbern von Luxemburg und Liebknecht war für alle, die daran teilnehmen konnten, ein gelungener kämpferischer Beginn mit dem Blick auf die vor uns liegenden Aufgaben.

Auf eine uns häufig gestellte Frage zu dieser Veranstaltung hier die Antwort, die wir schon im Dezember hätten klären können: die DKP hat ihre LLL-Veranstaltung in diesem Jahr an einem anderen Ort durchgeführt, weil die Junge Welt – als Organisator der Rosa-Luxemburg-Konferenz – den Kleistsaal in der Urania für anderes eingeplant hatte. Bis zum November konnte uns keine Zusage für diesen Raum gegeben werden. Deshalb wurde von uns der Münzenbergsaal im ND-Gebäude gemietet. Dies ist also weder eine Entfernung und Distanzierung von der Konferenz oder gar von der Jungen Welt zu verstehen.

Der Jugendpolitische Ratschlag der DKP am 26. Januar in Hannover hat gezeigt, dass wir sehr wohl in der Lage sind, nicht nur die allgemeine Situation der Jugendlichen heute einzuschätzen, sondern dass VertreterInnen von verschiedenen politischen Jugendorganisationen, Gewerkschaften, aus Hochschule und Betrieb die Einladung zum Gespräch auch annehmen – wenn wir sie denn aussprechen.

Zehn unterschiedliche Verbände waren auf dem Podium und über 65 DiskutantInnen in den Arbeitsgruppen debattierten über stattgefundene Aktivitäten des vergangenen Jahres und darüber, welche Aufgaben in den unterschiedlichen Bereichen der Jugendpolitik vor uns liegen.

Themen allerdings, die nicht nur für die junge Generation von Bedeutung sind, sondern auch insgesamt die ArbeiterInnen dieses Landes und die Mehrheit der Bevölkerung interessieren.

Schließlich ging es in der Hauptsache um die Ausbildungsplatz- und Arbeitssituation, um prekäre Beschäftigung, Berufsschule und berufliche Bildung, um die Studienbedingungen und die Möglichkeit als JungakademikerIn den Berufseinstieg zu erhalten, um die Interessenvertretungen in Betrieb und Universität, aber auch in der Kommune. Es ging um die Möglichkeiten, seine Rechte wahrzunehmen, um zur Veränderung der Gesellschaft beizutragen, aber auch um die Hemmnisse, die eigenen, selbstgemachten, und die von den Regierenden, den Chefs in den Betrieben, Konzernen und Banken aufgebauten und oft per Gesetz beschlossenen.

Vom Verband der Studierenden KurdInnen und dem Bund der Alevitischen Jugend wurden Aussagen zum Rassismus in unserer Gesellschaft gemacht. Die Kampagne „Zivilklausel“, die sich gegen die Militarisierung und Rüstungspolitik an Hochschulen wendet, wurde vom SDS vorgestellt.

Deutlich wurde eines: so sehr spezifisch die Lage der Jugend auch ist, so wenig ist sie zu trennen von der Lage der Klasse insgesamt.

Wie oben gezeigt, wurde der Jugendpolitische Ratschlag ein Erfolg. Wir haben das Gespräch mit KompetenzträgerInnen in verschiedenen Bereichen der Jugendpolitik geführt.

Damit haben wir einen Grundstock gebildet an aktuellem Wissen zu dieser Frage, nun sollten wir gemeinsam mit der SDAJ über unsere Forderungen und Aktivitäten beraten, um hier den nächsten Schritt zu gehen. Davon können dann, auch gemeinsame, Aktionen und/oder Veranstaltungen vor Ort entwickelt werden.

So wird eine Politik entwickelt, die sich auch in anderen Bereichen niederschlagen kann.

Der Ratschlag ist als eine der ersten zentralen Veranstaltungen unserer Partei in diesem Jahr durchaus als Beispiel zu nennen, in denen Fragen beraten wurden, die in den auf uns zukommenden Kämpfen eine Rolle spielen und es wurden die Anforderungen an uns diskutiert, mit denen wir es 2013 – und wohl auch darüber hinaus – zu tun bekommen.

In diesem Zusammenhang muss jedoch auch zu der Persönlichen Erklärung der Genossin Wera Richter Stellung genommen werden, die wegen des Jugendpolitischen Ratschlags ihre Verantwortung für den Arbeitsbereich Jugendpolitik im Sekretariat sowie die Leitung der Jugendkommission niedergelegt hat. Auf ihre Darstellung gehe ich bewusst nicht ein, da ich hier eine völlig andere Darstellung geben müsste. Die Mitglieder des Parteivorstandes kennen ja auch den Verlauf.

Erklärt werden muss jedoch dem Parteivorstand heute, dass Wera nun ohne einen festen Aufgabenbereich an den Sitzungen des Sekretariat teilnimmt. Es ist der Wunsch von Wera, hier bis zum Parteitag keine Änderung vorzunehmen. Das Sekretariat hat dem entsprochen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Parteivorstand nimmt seine Aufgabe, in der Partei über die politischen Anforderungen zu beraten und sie in seine Aufgabenstellungen einzubeziehen, durchaus ernst. Dies machte die vor zwei Wochen stattgefundene Klausurtagung des Arbeitskreises Betriebs- und Gewerkschaftspolitik der DKP deutlich.

An dem Wochenende ging es u. a. um die Entwicklung von Arbeitsplatzpolitik, um den Abbau von Arbeitsplätzen und die Schließung von Betrieben, es ging um die aktuellen Tarifikämpfe – vor allen Dingen bei ver.di und IG Metall. Die Entwicklung in der Automobilindustrie und die von den Konzernen ja schon seit einiger Zeit angekündigten und nun beginnenden Schließungen von Werken fehlte nicht auf der Tagesordnung.

Die Ausmaße und Auswirkungen vor allen Dingen auf die Beschäftigten in diesen Bereichen sind gravierend. Doch mit dieser Entwicklung einher gehen ebenfalls einschneidende Veränderungen der gesamten Zulieferindustrie. Auch hier wird es Entlassungen geben.

Nicht nur die Arbeit in den direkt betroffenen Betrieben, sondern das Leben ganzer Regionen wird sich verändern – sozial und kulturell.

Wir kämpfen mit den Beschäftigten für den Erhalt von Arbeitsplätzen!

Wir unterstützen den Kampf der Kolleginnen und Kollegen, die gegen die Schließung der Werke auftreten. Wir stellen aber auch die Frage nach anderen Möglichkeiten der Produktion, wie diese entwickelt werden können, wie sie mit den KollegInnen in den Betrieben und in den Gewerkschaften beraten und diskutiert werden. Dabei kann auch die Frage einer anderen Produktionsweise – nämlich der sozialistischen statt der kapitalistischen – gestellt werden.

Solidarität ist nicht nur vor dem Betriebsrat gefragt, z. B. in der Durchsetzung des Solidaritätstages gegen den Willen der Konzernchefs auf dem Gelände von Opel und der Teilnahme der KollegInnen in Bochum am Wochenende unseres 20. Parteitags.

Und Solidarität ist auch gefragt bei der Durchsetzung der Debatte über alternative Produktion, um Fragen der Zukunft heute aufzugreifen.

Es geht um den Erhalt von Arbeitsplätzen, ja, aber auch um eine Arbeit, die zukunftsorientiert ist – d. h. nicht nur der schnellen Kapitalvermehrung dient, sondern sinnvolle, ökologische Produktion beinhaltet. Nicht gegen, sondern für Leben und Gesundheit.

Es geht um die Arbeitsplätze in bestimmten Betrieben, aber es geht dabei auch um die Zukunft einer Branche und davon ausgehend auch um die Zukunftsinteressen der Mehrheit der Bevölkerung. Und diese sind auch nicht regional begrenzt, wie uns das Beispiel von Ford-Genk vor Augen führt.

Und wer, wenn nicht wir KommunistInnen, sollte gemeinsam mit anderen linken Kräften, diese Debatte entwickeln?

Und die Tarifkämpfe in diesem Jahr beginnen doch gerade erst! Da kann sich innerhalb der nächsten zwei Wochen bis Anfang März noch einiges bewegen, was dem Zeitpunkt und der politischen Bedeutung von Aussagen unseres Parteitages zusätzlich Gewicht verleiht.

Sehen wir uns den Beginn dieses Jahres an, dann müssen wir also jetzt schon feststellen, dass es keiner hellseherischen Fähigkeiten bedarf, um zu sagen, dass die Kämpfe auch in diesem Land weiter zunehmen – werden und müssen.

Mit Aktionen innerhalb und außerhalb ihrer Betriebe machen Kolleginnen und Kollegen gegen die Schließung von Werken mobil.

Außer bei Opel in Bochum gibt es den seit fast 3 Monaten durchgeführten Streik bei Neupack in Hamburg, jetzt wurde die Nachricht zur Betriebsschließung der Großdruckerei Prinovis in Itzehoe mit Aktionen und Streiks beantwortet, in anderen Betrieben wird um mehr Lohn – hier nenne ich als Beispiel die Sicherheitskräfte auf den Flughäfen – gekämpft.

Die Aussagen der Beschäftigten hier oder in anderen Betrieben lauten:

Wir lassen uns nicht länger verschaukeln!

Wir nehmen unser Recht auf Streik wahr!

Und klar gemacht wird dabei auch: es geht nicht nur um gute Sozialpläne, es geht um den Erhalt der Arbeitsplätze! Es geht aber auch darum, für ganze Regionen und die dort lebenden Menschen die Arbeit und damit die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu sichern.

Derweil nimmt das Ausmaß der Krise an Fahrt auf, ein Blick vor allen Dingen in die südeuropäischen Länder (um in Europa zu bleiben) zeigt es, wie z. B. in Griechenland, wo die wirtschaftliche und soziale Krise inzwischen zur humanitären Katastrophe geworden ist.

Wie nebenbei wird uns aufgetischt, dass der EU-Wirtschafts- und Währungskommissar Olli Rehn in einem Schreiben an die Finanzminister der EU-Länder angekündigt hat, ihnen in der Konjunkturflaute mehr Zeit zum Erreichen ihrer Defizitziele zu geben. „Falls das Wachstum unerwartet einbricht, kann ein Land mehr Zeit zum Ausgleich seines überhöhten Defizits erhalten“, heißt es darin.

Die Euro-Zone rutscht wegen der Schuldenkrise und der Flaute in den Krisenländern immer tiefer in die Rezession, im vierten Quartal 2012 schrumpften neben der deutschen Wirtschaft auch die anderen Schwergewichte. In Frankreich gab es einen Rückgang um 0,3 Prozent, in Italien ein Minus von 0,9 Prozent, in Spanien ein Minus von 0,7 Prozent.

Der „Focus“ schreibt am 14.2.2013: „Heftiger Dämpfer für die deutsche Wirtschaft: Die Rezession im Euroraum und die weltweite Konjunkturschwäche trafen Europas größte Volkswirtschaft Ende 2012 stärker als erwartet.“

Nach einem ersten öffentlichen Entsetzen wird von Ökonomen aber schon wieder die Trendwende gesehen.

Wenn wie bisher weiter der Export als wichtigster Wachstumsmotor gesehen wird, dann müssen wir

bei den genannten Einbrüchen in anderen europäischen Ländern die Frage stellen: Mit wem werden neue wirtschaftliche Beziehungen aufgebaut oder intensiviert? Wo stecken die Abnehmer der deutschen Exporte?

Und wie sieht es aus mit dem Export der Arbeitslosigkeit? Wohin entschwindet sie?

Den internationalen wirtschaftlichen Verflechtungen muss mit einer noch besseren Vernetzung der Kämpfe der arbeitenden Menschen und sozialen Bewegungen begegnet werden.

Deshalb begrüßen wir den Aufruf „Für einen europäischen Frühling“. Mit Aktionen, Streiks und Demonstrationen in ganz Europa am 13. März sowie einer gesamteuropäischen Demonstration und kreativen Aktionen in Brüssel am 14. März will attac seine Forderungen deutlich machen. Gerichtet sind diese gegen den EU-Gipfel am 14. und 15. März, bei dem sich die europäischen Regierungschefs versammeln, um das EU-Krisenmanagement immer weiter zu verschärfen. Die Forderungen von attac lauten:

- Abschaffung aller Kürzungsdiktate und Spar-Gesetzgebungen
- Für eine ökologische Wende
- Entwaffnet die Finanzmärkte
- Wir schulden nichts – wir zahlen nicht
- Feuert die Troika, nicht die Menschen

Die eine Million Unterschriften unter der europäischen Bürgerinitiative, die sich gegen die Privatisierung des Wassers als Teil der Daseinsvorsorge für den Menschen richtet, sind gesammelt. Ein erfolgreicher Beginn, mit dem der Kampf nun in eine nächste Etappe geführt werden kann. Um den Druck auf die EU-Kommission zu erhöhen, wurde jetzt das Ziel auf 200.000 Unterschriften bis zum November 2012 erhöht.

Setzen wir, gemeinsam mit anderen linken und antikapitalistischen Kräften, weitere Akzente gegen die Aushebelung grundlegender Rechte per Gesetz und Erlass durch EU-Regierung oder andere Regierungen. Unterstützen wir Aktivitäten dagegen!

Liebe Genossinnen und Genossen,

der 20. Parteitag der DKP wird in zwei Wochen in Mörfelden durchgeführt.

Heute haben wir u. a. darüber zu entscheiden, wen der Parteivorstand als neues Leitungsgremium den Delegierten vorschlägt.

Es liegen Vorschläge der Kreis- und Bezirkskonferenzen vor, es gibt GenossInnen, die sich selbst bereit erklärt haben, dafür zu kandidieren.

Wir haben uns auf der letzten Sitzung im Parteivorstand darüber verständigt, welche Merkmale unserer Meinung nach wichtig sind, um einen Personalvorschlag zu entwickeln.

Dieses sollten wir berücksichtigen, wenn wir heute das letzte Mal vor dem Parteitag in diesem Gremium beschließen.

Auf diesem Parteitag steht die Wahl einer neuen Leitung der DKP an. Es gibt – und das ist eine neue Entwicklung in der DKP – mehrere KandidatInnen für Leitungsfunktionen.

Dass es sich hierbei nicht nur um einen Personalwechsel handelt, sondern unterschiedliche Positionen zu den in unserer Partei diskutierten Fragen mit Personen verbunden werden, wurde aus der Sicht des Genossen Patrik Köbele in seinem Referat zur Organisationspolitik auf der 10. PV-Tagung deutlich gemacht, als er feststellte:

„Natürlich haben wir da auch das Problem, dass unsere politischen Meinungsunterschiede uns auch in einem gewissen Umfang (sicherlich gegenseitig) blockieren. Dieses Problem werden wir aber nicht allein aus und in der Führung der Partei lösen, dieses Problem wird nur die Partei in ihrer Gesamtheit lösen können.“

Was bedeutet das alles für den kommenden Parteitag? Wir haben es mit relativ klar ausgeprägten Strömungen, Linien zu tun. Ein Teil der Partei kann oder will sich dem derzeit nicht zuordnen, ein Teil der Partei ist oder verhält sich indifferent. Trotzdem werden diese Strömungen auf diesem Parteitag um die Hegemonie ringen, das wird sich in den inhaltlichen Debatten, aber auch in den Wahlen nie-

derschlagen. Auch dann, wenn es uns gleichzeitig gelingt, die Dinge festzuhalten, bei denen wir uns einig sind. "

Ich betone noch einmal, dass dies ein Zitat von Patrik und nicht meine Aussage ist.

Mein Herangehen an den Parteitag und die dort zu beschließenden Aufgaben ist ein anderes. Ich bin nach wie vor, trotz der teilweise sehr tief liegenden und auch in der Zusammenarbeit schon tiefgehenden Meinungsunterschiede, der Ansicht, dass ein Machtkampf – das ist doch das, was Patrik falsch als Kampf um Hegemonie bezeichnet – die DKP nur weiter schwächt.

Auch in den vergangenen Jahrzehnten gab es in unserer Partei Auseinandersetzungen und es gab schon oft verschiedene Wege. Im Prinzip stärken verschiedene Meinungen die Entwicklung und das Auftreten einer kommunistischen Partei – nur durch die Diskussion, durch das Für und Wider kann immer wieder den neuen Kampfbedingungen gefolgt und adäquate Forderungen entwickelt werden.

Gerade und besonders in dieser Zeit, in der das Kapital mit Hilfe der Regierenden die demokratischen und sozialen Rechte immer weiter abbaut, in der in den Gewerkschaften, in den Initiativen und Bewegungen, ja selbst in einigen bürgerlichen Parteien der Protest und zumindest Unmut über dieses Treiben lauter wird, sind Kommunistinnen und Kommunisten nicht nur wichtig zur Mobilisierung und Bildung von Widerstand, sondern insbesondere wichtig für die Diskussion von Alternativen, für heute und für die Zukunft. Wenn wir für den Sozialismus werben wollen, wann denn, wenn nicht jetzt? Es wird, anstatt nach links, alle gesellschaftliche Grundlage nach rechts gewendet – wo sind da unsere Alternativen, wie machen wir sie bekannt, wie gewinnen wir die Menschen, dass sie sich mit unseren Forderungen auseinandersetzen.

Veränderungen für heute durchsetzen, damit die Zukunft zumindest für unsere Kinder und Enkel nicht mehr so weit ist.

Wie gesagt, ich halte da eine auf einem Parteitag erwählte Hegemonie – die in meinen Augen keine ist – für den völlig falschen Weg, da es nichts mit inhaltlichen Veränderungen durch Diskussionsprozesse zu tun hat. Als Beleg dafür nenne ich nur die Zahl derer, die sich nach dem o. g. Referat von Patrik indifferent verhalten, sich also nicht einbringen oder äußern – 1/3 der Partei sind es, deren Meinung ich demnach nicht einfließen lassen würde.

Liebe Genossinnen und Genossen,

auf unserer Tagung des Parteivorstandes im Juli 2012 wurde der Entwurf des Hauptantrages „Antworten der DKP auf die Krise“ beschlossen.

Dieser Antrag sollte in den Gruppen und den Parteikonferenzen diskutiert werden, es konnten Änderungsvorschläge beraten und als Anträge an unseren Parteitag eingereicht werden.

Entsprechend dem, wie wir, zumindest in der Vergangenheit, Politik in der DKP entwickelt haben, tragen die gewählten Leitungen auf allen Ebenen die Aufgabe, die entsprechenden Bedingungen zu schaffen, auf Mitgliederversammlungen usw. die Diskussion zu den Dokumenten der Partei zu organisieren – vor einem Parteitag ist dies zuallererst der Hauptantrag.

Dass dies in einigen Gruppen nicht erfolgte, mag der Situation, der personellen Zusammensetzung geschuldet sein. Dass jedoch selbst einige Mitglieder des Parteivorstandes dieses Dokument gar nicht in ihren Gruppen, in ihrem Land, debattieren wollten, sie noch nicht einmal ihre konträre Haltung dazu diskutierten, halte ich für einen zumindest fragwürdigen Umgang mit dem Papier in der Vorbereitung des Parteitages.

Dieses Vorgehen zeigt jedoch auch, dass das mit diesem Antrag verbundene Ziel, eine gemeinsame Basis und das gemeinsame Handeln der Partei zu beschreiben, in den Grundfragen das Einigende darzustellen und herauszuarbeiten, zumindest nicht durchgängig gelungen ist, sich einige diesem Wollen anscheinend entziehen.

Mit unserem auf dem Parteitag zu beschließenden Hauptdokument wollen wir einerseits darlegen, wie die Entwicklung der Krise ist, welche Hebel der Veränderung angesetzt werden müssen und wie eine Orientierung zum aktiven Handeln der DKP-GenossInnen erfolgen soll. Es werden darin eben auch die „Aufgaben der DKP in der Krise“ benannt.

Dazu muss die aktuelle Situation in dem Referat an den Parteitag eingeschätzt werden – sowohl die nationalen wie internationalen Kampfbedingungen.

Es muss beschrieben werden, was oben bereits erwähnt wurde, welche Aufgaben sich für eine kommunistische Partei heute ergeben.

Dabei sollte kritisch hinterfragt werden, wie die DKP in der politischen Auseinandersetzung sichtbar werden kann, wie die verschiedenen Gliederungen sich als Teil der Gesamtpartei in allen Politikfeldern sehen und auch z. B. von BündnispartnerInnen, Medien usw. so gesehen werden.

Um die notwendige Gemeinsamkeit und innerparteiliche Solidarität weiter zu entwickeln, müssen offene und strittige Fragen nach wie vor in der Partei dargestellt werden. Auch dann, wenn immer noch oder mehr GenossInnen oft „keine Lust“ auf diese Debatten äußern.

Es muss darüber nachgedacht werden, wie und ob über die bisher gemachten Angebote hinaus zentrale Diskussionsebenen eingerichtet werden, die allerdings weder die Bildungsarbeit noch die kritischen Debatten in den Gruppen ersetzen können.

Dies alles muss mit dem Ziel geführt werden, die Arbeit der Partei weiter zu entwickeln, das eigene Profil der DKP zu stärken, die Partei und das Parteileben – also die Gruppen- und Kreisaktivitäten – attraktiv oder wieder attraktiv für Mitglieder, Sympathisanten und Bündnispartner zu machen.

Dieses muss entlang an den politischen Tagesaufgaben entwickelt werden, soll aus den unterschiedlichen Bereichen im Referat aufgezeigt werden.

Brauchen wir eine Losung für den Parteitag?

Das Sekretariat ist der Ansicht: JA! Ein Bezug zu der politischen Situation in unserem Land und den sich daraus ergebenden Aufgaben für uns soll auch sichtbar auf dem Parteitag sein. Und wir schlagen euch folgenden Slogan für die Bühne vor: „Der Mensch geht vor Profit – Kapitalismus überwinden!“ Dies in Verbindung mit unserem neuen Logo für die 30 Std./Woche von uns.

Die Diskussionen und Ergebnisse der letzten PV-Tagungen in Einschätzung der aktuellen politischen Gesamtsituation müssen mit dem Referat aktualisiert werden. Da geht es um die Fragen der internationalen Politik mit den Beispielen in Lateinamerika, um die Solidarität mit den kämpfenden Bevölkerungen, um Kuba als Beispiel.

Es geht um Europa und die Krisenentwicklung, aber auch um den Widerstand, um die zu nutzenden Möglichkeiten zur Bildung europaweiter Netzwerke, um die Europäische Linke, den Europäischen Gewerkschaftsbund.

Die Rechtsentwicklung in Europa, aber auch in der BRD muss aufgegriffen werden, auch unter dem Gesichtspunkt der anstehenden Wahlen. Sowohl zum Bundestag als auch zu den Länderregierungen und den Kommunen.

Die Auswirkungen der Krise auf kommunaler Ebene, das Aufzeigen dessen, wo die Kürzungen direkt und unmittelbar spürbar sind. Auch hier natürlich die Gegenwehr.

Und ganz aktuell und dann noch kurz vor den Ostermärschen stehend wird in jedem Fall die Militarisierung der Gesellschaft, die Kriegseinsätze und die Rüstungspolitik in diesem Land und aus dem Land heraus eine Rolle spielen.

Aus dieser Vielfalt der politischen Themen von Betriebs- und Gewerkschaftspolitik, über Kommunales hin zu Antifaschismus und Antirassismus und Krieg und Frieden, das alles wiederum verbunden mit Frauen- und Jugendfragen, muss dann die Rolle und Aufgabe der DKP angesprochen werden, eingeschätzt werden, wo wir heute stehen, wie unser Auftreten und unsere Arbeit verbessert werden kann. Wie schaffen wir es z. B., unsere GenossInnen zu ermuntern, sich offen als Mitglied der DKP zu zeigen?

Und wie sieht unsere Arbeit mit den Medien aus?

Nutzen wir UZ-Abos, Freiverkauf, Kleinzeitungen und Internetauftritte der DKP?

Die Verfasstheit der Partei, die Mitgliederentwicklung, die Zusammensetzung der Partei wirft ebenfalls viele Fragen auf.

Wie können wir die mit unserem Antrag angesprochenen Forderungen umsetzen?



Wie wird die Bildungsarbeit weiterentwickelt? Was bedeutet es, wenn wir feststellen, dass nach dem Parteitag die offenen Fragen weiter diskutiert werden müssen – in welcher Form gelingt es, dies zu tun, wie lange kann dieser Prozess der Diskussion weiter geführt werden? In welcher Form soll und wird es eine Klärung geben?

Sicher darf dabei eine Einschätzung der Leitungsarbeit auch des Parteivorstandes nicht fehlen, ebenso wenig die doch teilweise recht problematische, weil für alle auch neue Situation in der Zusammenarbeit des Sekretariats. Nicht nur die klarere Definition als Arbeitsgremium macht dies deutlich und das Problem, diese Veränderungen auch den Mitgliedern der Partei darzustellen, sondern auch die durch unterschiedliche Positionen oft klar ausgeprägten Mehrheiten und Minderheiten erschweren oft das Finden eines „gemeinsamen Nenners“.

Natürlich wird unser Parteiprogramm bei all diesen Fragen hinzugezogen werden müssen. Ich bin davon überzeugt, dass unser Programm die Grundlage für das Wirken der DKP auch in den nächsten Jahren sein wird.

Auch wenn sich seit 2006 einiges verändert hat, sollten wir unser Programm als Hilfe, aber auch als Messlatte nutzen, wenn wir heute politische Ziele und Forderungen entwickeln. Ein erstmaliges oder wieder erneutes Diskutieren und Erarbeiten der Inhalte des Programms kann auch ein Weg zu wieder mehr Gemeinsamkeit sein. Es ist eine kurze Analyse der Geschichte der kommunistischen Partei, der aktuellen Bezüge zu den heutigen Entwicklungen und die Darlegung von Standpunkten und Wegen, die zur Veränderung der Gesellschaft führen. Unser Ziel ist der Sozialismus – und den Weg dahin weist das Programm. Gerade in dieser Zeit der Debatten kann das Programm der Punkt sein, der zur Klärung beitragen kann. Es ist doch schließlich das Dokument, auf dem sich von uns allen die Mitgliedschaft in dieser Partei, der DKP, begründet.

---

# 12. Tagung des Parteivorstands der DKP

16./17. Februar 2013, Essen

---

## Beschlüsse:

### 1. Änderungsantrag zur Geschäftsordnung des 20. Parteitags:

Punkt 10 ergänzen durch:

„Änderungsanträge zum Hauptantrag sind bis max. um 12.00 Uhr bei der Antragskommission einzureichen.“

(Einstimmig beschlossen)

---

### 2. Änderungsantrag zur Wahlordnung des 20. Parteitages

Einfügen an Ende des Punktes 1.:

Die Wahl findet als geschlossene Sitzung statt. Teilnehmen können alle Mitglieder der DKP, die als Delegierte bzw. Gäste/Helfer am Parteitag teilnehmen. Im Zweifelsfall haben sie sich durch das Mitgliedsbuch zu legitimieren.

(Beschlossen mit 18 Ja- und 11 Nein-Stimmen)

---

### 3. Veränderung der Wahlordnung des 20. Parteitags

Einfügen am Anfang des Punktes 5:

„Zuerst entscheidet der Parteitag darüber, ob er Vorsitzende oder Sprecherinnen und Sprecher wählt.“  
(Der Parteivorstand schlägt dem Parteitag für die Wahlen das Vorsitzendenmodell vor.)

(Beschlossen mit 4 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen )

---

### 4. Änderungsantrag zur Wahlordnung des 20. Parteitages

Bei den Wahlen auf dem Parteitag zum Parteivorstand erhalten alle Kandidaten und Kandidatinnen die in alphabetischer Reihenfolge die Möglichkeit sich vorzustellen die Redezeit dafür beträgt 2 Minuten.

Ein Strukturierungsvorschlag wird an den Mikrofonen ausgelegt.

Der Antrag wurde mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen und keinen Enthaltungen angenommen.

(Beschlossen mit 2 Gegenstimmen beschlossen)

---

### 5. Reihenfolge der zu behandelnden Anträge (Arbeitsheft 4):

Der Parteivorstand schlägt dem Parteitag vor, die Anträge des Arbeitsheftes 4 in folgender Reihenfolge zu behandeln:

1. Statut der DKP
2. Jugendpolitik der DKP
3. Internationale Arbeit der DKP

(Mit Mehrheit beschlossen)

---

## **Weitere Beschlüsse:**

### **Finanzplanung 2013**

Es wurde eine Finanzplanung vom Bundeskassierer vorgelegt, die bis zur 1. Parteivorstandstagung nach dem 20. Parteitag. beschlossen wurde.

(Beschlossen mit 1 Enthaltung)

---

Als **Motto des 20. Parteitages** wurde beschlossen:

„Der Mensch geht vor Profit – Kapitalismus überwinden“

(Mit Mehrheit beschlossen)

---

Der Parteivorstand schlägt dem 20. Parteitag vor, 3 stellvertretende Vorsitzende zu wählen.

(Beschlossen mit 15 Ja- und 14 Nein-Stimmen)

---

Der Parteivorstand schlägt dem 20. Parteitag einen Gesamtvorschlag für den neu zu wählenden Parteivorstand vor, der einer 50-prozentigen Quotierung entspricht.

---

### **Redaktionskommission**

Die Antragskommission des 20. Parteitages wird mit der redaktionellen Bearbeitung der Beschlüsse des 20. Parteitages beauftragt.

(Einstimmig beschlossen)

---

### **Größe des neu zu wählenden Parteivorstandes**

Der Parteivorstand schlägt dem 20. Parteitag vor, einen neuen Parteivorstand mit 30 Mitgliedern einschließlich der/s Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden zu wählen.

---

## **Zu dem Brief der 19 Parteien an alle Kommunistischen Parteien, die an der Internationalen Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien teilnehmen**

---

Der Parteivorstand der DKP unterstützt den Vorschlag an die Vorbereitungsgruppe, das nächste Treffen von der Kommunistischen Partei Spaniens PCE ausrichten zu lassen.

Wir weisen die Vorwürfe gegen die PCE und die Vorbereitungsgruppe zurück, weil dadurch die solidarische Zusammenarbeit zwischen den Kommunistischen und Arbeiterparteien beschädigt wird.

(Beschlossen mit 1 Gegenstimme und 4 Enthaltungen)

\* \* \* \* \*

### **Wortlaut des Briefes der 19 Parteien:**

#### **Common Position of Parties on the Venue for the Forthcoming 15th International Meeting of Communist and Workers' Parties**

---

To the members of the Working Group of the IMCWP  
To the CPs which participate in the IMCWP

Dear comrades,

We were informed that a proposal was tabled at the meeting of the Working Group in Beirut for the 15th International Meeting of Communist and Workers' Parties (IMCWP) to be hosted by the CP of Spain.

Our parties, with this common position of theirs, state their direct opposition to such an eventuality, stressing that the International Meeting of the CPs cannot be hosted by a party which is in the Presidium of the opportunist centre in Europe, the so-called "Party of the European Left" (PEL). The PEL is a tool of the EU for the decommunization of the CPs and in no instance will we consent to the hosting of this meeting by a member-party of its Presidium.

In addition, we note that at the same time when this proposal for the hosting of the IMCWP by the CP of Spain was tabled in Beirut, the process for the finalization of the congress of the ELP was underway, which as it was finally announced will be held in Spain this December. This fact exposes the motives hidden behind the proposal for the 15th IMCWP to be hosted by the CP of Spain.

1. Algerian Party for Democracy and Socialism
2. Communist Party of Azerbaidjan
3. Brazilian Communist Party
4. Communist Party of Bulgaria
5. Party of The Bulgarian Communists
6. Communist Party in Denmark
7. Communist Party of Greece
8. Hungarian Communist Workers' Party
9. Communist Party of Mexico
10. Communist Party of Norway
11. Communist Party of Pakistan
12. Palestinian Communist Party
13. Communist Workers Party of Russia
14. Communist Party of Soviet Union
15. New Communist Party of Yugoslavia
16. Communist Party of the People of Spain
17. Communist Party of Sweden
18. Communist Party of Tadjikistan
19. Union of Communists of Ukraine

**Der Parteivorstand der DKP unterstützt den Aufruf zum „Ostermarsch Rhein Ruhr 2013“ und ruft alle Genossinnen und Genossen auf, sich aktiv in die Vorbereitung und Durchführung der Ostermärsche 2013 einzubringen.**

**Ostermarsch Aufruf Rhein Ruhr 2013  
Von Deutschland muss Frieden ausgehen**

**Nein zu Krieg und Rüstungsexporten**

**Atomwaffenfrei jetzt**

Von Deutschland geht Krieg aus - hier kann und muss er auch verhindert werden! Deutsche Soldaten und Soldatinnen kämpfen in Afghanistan, sie sind auf dem Balkan und in Afrika und mit den deutschen Patriot-Systemen an der Grenze zu Syrien. Deutsche Waffen dienen zum Töten in zahlreichen Konflikten auf allen Kontinenten. In Deutschland sind Kommandozentralen der NATO eingerichtet, die zum Führen von Kriegen in vielen Regionen der Welt genutzt werden können: Von Deutschland geht Krieg aus!

Rüstung und Militär lösen die Konflikte nicht, im Gegenteil: sie verhindern die Lösung der drängenden Probleme unserer Zeit. Gerechte Politik ist nur im Frieden und durch Abrüstung und eine zivile Umwandlung der Gesellschaft möglich. Dafür demonstrieren wir zu Ostern!

**Frieden für Afghanistan!**

Nach mehr als zehn Jahren NATO-Krieg dort ist nichts erreicht und vieles verschlimmert. Eine Entwicklung zum Frieden nicht absehbar. Schon jetzt zeigt sich, dass auch über 2014 hinaus deutsche und andere westliche Truppen in Afghanistan bleiben werden, dass der Krieg weitergeht. Ein Ende des Krieges kann nur auf dem Verhandlungswege erreicht werden. So lange fremde Truppen im Land bleiben, kann es dort keinen Frieden geben.

**Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand, den Abzug aller ausländischen Truppen, Verhandlungen unter Beteiligung aller Konfliktparteien vor Ort und zivile Hilfen für den Wiederaufbau in Afghanistan**

**Keine Eskalation des Syrien-Konflikts**

Der Bürgerkrieg in Syrien fordert Tag für Tag neue Opfer. Waffenlieferungen und Söldnertruppen von außen heizen ihn immer wieder an. Alle Bemühungen der UNO, eine friedliche Lösung zu finden, scheitern vorrangig an der Bedingung des Westens, in Syrien einen Regimewechsel herbeizuführen. Durch die konfrontative Politik des NATO-Landes Türkei droht der Bürgerkrieg zu einer zwischenstaatlichen Auseinandersetzung zu eskalieren. Die Stationierung deutscher Patriot-Systeme in der Türkei trägt zu einer weiteren Eskalation bei.

**Wir fordern die Einstellung aller Waffenlieferungen, einen sofortigen Waffenstillstand und Verhandlungen über eine Friedenslösung in Syrien, die eine Perspektive für alle Bevölkerungsgruppen bietet!**

**Friedliche Perspektiven für Nahost**

Die Angriffe der Israelischen Armee auf den Gazastreifen im November 2012 sowie die Raketenangriffe von palästinensischer Seite und die israelische Siedlungspolitik haben die Situation im Nahen Osten weiter verschärft. Angriffsdrohungen gegen den Iran führen zur weiteren Eskalation. Die internationalen Sanktionen gegen den Iran belasten die Bevölkerung. Die mit großen Hoffnungen verbundene Konferenz für eine Atomwaffenfreie Zone im Nahen Osten wurde abgesagt, da Israel seine Teilnahme verweigert hatte. Die Lösung des Konflikts liegt in Verhandlungen mit dem Ziel, allen Beteiligten gegenseitige Sicherheitsgarantien zu geben.

**Wir treten für eine Nahost-Konferenz nach dem Vorbild der ehemaligen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) ein. Alle Waffenlieferungen in die Region müssen gestoppt werden.**

**Mali-Einsatz stoppen**

Die Interessen Frankreichs und dessen Verbündeten in Mali liegen vorrangig im wirtschaftlichen Bereich, z.B. bei der Sicherung des Zugangs zu Uranvorkommen in der Region. Mit dem französischen Militäreinsatz wurde die Chance auf eine friedliche Lösung des Konflikts in Mali zunichte gemacht. Nun droht die Ausweitung des Konflikts zu einem lang andauernden Krieg mit zahllosen Opfern. Erneut wurde eine UN-Resolution zurechtgebogen, um eine Militärintervention westlicher Staaten zu rechtfertigen und das Völkerrecht beschädigt.

**Wir fordern die Beendigung der westlichen Militärintervention und den Abzug der Bundeswehr aus Mali.**

### **Legt den Leo an die Kette - Waffenexporte stoppen!**

Deutschland ist weltweit der drittgrößte Waffenexporteur. Waffen aus deutschen Rüstungsschmieden werden auch in Krisenregionen geliefert. Mit den Exportentscheidungen des geheimen Bundessicherheitsrates setzt sich die Bundesregierung über ihre eigenen Rüstungsexportrichtlinien hinweg. Höhepunkt ist der geplante Export von mindestens 270 Leopard II Panzern und mehrerer hundert Boxer-Radpanzern an Saudi-Arabien. Der Golfstaat liegt nicht nur in der gefährlichsten Konfliktregion der Welt, Saudi-Arabien verletzt zudem elementare Menschenrechte. Kanzlerin Merkel verteidigt die Waffenexporte und spricht von der angeblich stabilisierenden Funktion der Lieferungen.

**Wir fordern, das Verbot von Rüstungsexporten im Grundgesetz zu verankern. Wir fordern die Konversion der Rüstungsproduktion in eine ausschließlich zivile Produktion.**

### **NATO-Zentralen schließen!**

Die NATO ist das größte Militärbündnis der Welt, zwei Drittel der weltweiten Rüstungsausgaben in Höhe von 1.740 Mrd. \$ tätigen die NATO-Staaten. Seit mehr als 10 Jahren führt die NATO Krieg in Afghanistan und nun droht die Intervention in Syrien. Mit ihren militärischen Möglichkeiten setzen sich die NATO-Staaten über das Völkerrecht hinweg und verfolgen ihre eigenen wirtschaftlichen und strategischen Interessen. Auch Deutschland ist in diese Bündnisstrukturen fest eingebunden, in NRW existieren wichtige NATO-Einrichtungen wie die Kommandozentrale in Kalkar/Uedem am Niederrhein. Von hier können umfangreich Luftkriegsoperationen des Militärbündnisses gesteuert werden.

**Wir sagen Nein zur NATO. Wir fordern die Schließung der Kommandozentrale in Kalkar/Uedem und anderer NATO-Einrichtungen in NRW und deren Umwandlung für zivile Zwecke!**

### **Atomwaffen nicht modernisieren sondern abschaffen!**

Unweit von NRW, einer der am dichtest besiedelten Regionen Europas, lagern US-Atomwaffen im niederländischen Volkel, im belgischen Kleine Brogel und in Büchel in Rheinland-Pfalz. Der Bundestag hat 2011 den Abzug dieser schrecklichen Waffen gefordert, dennoch gab nun die Bundesregierung ihre Zustimmung zur "Modernisierung" der Bomben in Büchel. Experten befürchten, dass hierdurch die Anwendung der Waffen wahrscheinlicher wird. Im nordrhein-westfälischen Gronau betreibt die Urenco eine Urananreicherungsanlage, die neben zivilem Material auch in der Lage ist, bombenfähiges Material zu erzeugen. Zu all dem sagen wir nein.

**Wir fordern den Abzug und die Vernichtung der Atombomben als notwendigen Schritt hin zu einer atomwaffenfreien Welt. Wir fordern die Stilllegung von Urenco als Teil einer konsequenten Umsetzung der Energiewende.**

### **Nein zur Militarisierung im Inneren!**

Im August 2012 hat das Bundesverfassungsgericht den Einsatz militärischer Mittel der Bundeswehr in Ausnahmefällen, wie z.B. Streiks und Demonstrationen "katastrophischen Ausmaßes", für zulässig erklärt. Im Rahmen der zivil-militärischen Zusammenarbeit erhält die Bundeswehr zunehmend Einfluss in den Zivilschutzeinrichtungen der Kommunen. Nach der Aussetzung der Wehrpflicht wirbt die Bundeswehr mit hohem finanziellen Aufwand um Freiwillige. An zahlreichen Orten ist sie präsent, um junge Leute zur Bundeswehr zu locken. Über Kooperationsvereinbarungen mit den Schulministerien, auch dem in NRW, sichert sich die Armee den Zugang zu den Schulen. An Universitäten in NRW wird für die Rüstung geforscht.

**Wir wenden uns gegen den Einsatz der Armee im Inneren! Wir fordern die Kündigung der Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr und eine Zivilklausel an den Universitäten!**

(Einstimmig beschlossen)

---

## **Solidarität mit Walter Listl - Gegen staatliche Repression**

Am 7. Februar kam es zu einer Hausdurchsuchung bei Walter Listl, Bezirksvorsitzender der DKP-Südbayern. Unbekannte hatten in seinem Namen Pamphlete verschickt, in denen gegen „Millionen Asylbetrüger, Zigeuner und Juden“ sowie gegen einen „linksvertrotteten Polit- und Medienmob“ gehetzt wird. Die Staatsanwaltschaft München I nahm das zum Anlass, um gegen unseren Genossen „wegen Volksverhetzung“ zu ermitteln. Ein durchsichtiges Manöver. Walter Listl ist in München als langjähriger Aktivist und Sprecher des Bündnisses gegen Krieg und Rassismus sowie als Vertreter der DKP im „Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz“ bekannt. Die Polizei beschlagnahmte bei der Hausdurchsuchung nur wenige Tage nach den diesjährigen Protesten gegen das jährliche Kriegstreibertreffen Walters Listls Terminkalender samt Telefonverzeichnis mit der absurden Begründung Schriftproben von ihm zu benötigen.

Auch im Namen des 87jährigen Antifaschisten und KZ-Überlebenden Martin Löwenberg und des Antifaschistischen Dokumentationszentrum a.i.d.a. waren solche Nazipamphlete verschickt worden. Kein vernünftiger Mensch wäre auf die Idee gekommen, diese Hetzschriften tatsächlich Listl, Löwenberg und a.i.d.a. zuzuordnen. Derselbe Apparat, der jahrelang dem Treiben des „NSU“ zumindest tatenlos zusah, hat keine Scheu, unter solch lächerlichem Vorwand gegen Kommunisten und andere Antifaschisten vorzugehen. Wir verurteilen die Kriminalisierung unseres Genossen auf das Schärfste, ihm gehört unsere volle Solidarität.

Auch bei der bundesweiten Razzia bei Pressefotografen am Tag zuvor war ein Genosse betroffen. Die Polizei durchsuchte die Wohnungen der Bildjournalisten, um Beweismittel im Zusammenhang mit einer vermeintlichen Straftat bei den Antikrisenprotesten „M31“ im Mai 2012 in Frankfurt am Main zu sichern. Ihnen wurde unterstellt, sie seien nicht beruflich in Frankfurt gewesen, sondern als politische Aktivisten. Wir protestieren auch gegen diese offensichtlich rechtswidrige Maßnahme auf das Schärfste.

Wir sehen in der zunehmenden Kriminalisierung von Antifaschisten u.a. im Zusammenhang mit den erfolgreichen Blockaden in Dresden, Aktiven der Friedens- und sozialen Bewegung, den Versuch, den legitimen Protest zu diffamieren und die Aktivisten einzuschüchtern.

Dem setzen wir unsere Solidarität entgegen. Der wachsende Widerstand gegen faschistische Aufmärsche, gegen das Abwälzen der Krisenlasten auf die Bevölkerung und die deutsche Kriegspolitik wird sich auch nicht durch Provokationen und Repressionen von Polizei und Staatsschutz schwächen lassen.

Wir fordern eine lückenlose und öffentliche Aufklärung, wie es zu diesen Aktionen gekommen ist.

(Einstimmig beschlossen)

---